

Präs.: 25. Juni 1969

No. 1322/5

Anfrage

der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Justiz,
betreffend die Anwendung des § 318, Abs. 2 Straßengesetz 1945 bei
Selbstanzeige nach Verkehrsunfällen.

Der Gesetzgeber hat durch die Formulierung des § 99, Abs. 6, lit. a der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159/1960, festgestellt, daß eine Verwaltungsübertretung nach der Straßenverkehrsordnung nicht vorliegt, wenn durch die Tat lediglich Sachschaden entstanden ist und die Behörde hiervon ausschließlich durch die Meldung des Beschädigten Kenntnis erlangt hat. Über die rechtspolitische Begründung dieser Gesetzesbestimmung sind hier wohl keine Aussagen nötig.

Es hat sich jedoch ergeben, daß in Fällen solcher Selbstanzeigen von Verwaltungsbehörden nach anderen Verwaltungsvorschriften Strafen verhängt wurden, wodurch Sinn und Zweck der genannten Bestimmung der Straßenverkehrsordnung 1960 gefährdet erscheinen.

Da nun auch nach § 318, Abs. 2 Beschädigungen der im § 85, lit. c StG. 1945 erwähnten Gegenstände, wenn sie aus "Leichtsinn oder schuldhafter Nachlässigkeit" erfolgten, strafbar sind, ergibt sich die Möglichkeit, daß bei Vorliegen des entsprechenden Sachverhaltes, von dem das Gericht nur auf Grund der seinerzeitigen Selbstanzeige Kenntnis erhalten hat, zu einem Schuldspruch kommt.

Auf Grund dieses Sachverhaltes richten die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

Anfrage:

- 1) Sind Ihnen Fälle bekannt geworden, bei denen nach einer Selbstanzeige gemäß § 99 StVO. 1960 ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde und mit einem Schuldspruch endete?
- 2) Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zu treffen, um auf strafrechtlichem Gebiet eine dem § 99, Abs. 6, lit. a korrespondierende Rechtslage zu schaffen?
- 3) Sind Sie bereit, bis zum Wirksamwerden der sub 2) angeregten Maßnahmen durch eine entsprechende Weisung an die staatsanwaltschaftlichen Behörden bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 99, Abs. 6, lit. a StVO. 1960 eine allfällige Strafverfolgung gemäß § 318, Abs. 2 StG. 1945 zu sistieren?

Wien, 25.6.1969